



STÄNDIGE
VERTRETUNG
ÖSTERREICHS
BEI DER EUROPÄISCHEN UNION
Abteilung für Finanz- und
Währungsangelegenheiten

GZ: BRÜSSEL-ÖV/BMF/0061/2016

Datum: 9. März 2016

SB: Ges. Lerchbaumer

An:

BMeiA III.2, GS, Kab., Mag. Ebner, Ges. Kornfeind
BMF III (SC Waiglein), III/2, III/1, III/B (GL Lejsek), II, II/2, IV, VI (SC Mayr), VI/3
(Dr. Kuttin), GS Kramer
Kab. HBM (Mag. Schmid, DI Perner, Mag. Berger, Mag. Grafl, J. Frischmann)
BKA KabHBK, Mag. Bayer, Dr. Imhof, IV/8
Parlamentsdirektion
BMFW Kab. HVK, Kab. HStS, C 2, C 1, S. II
BMLFUW EUK-L
BMASK Dr. Lang
BMVIT K6

Betreff: ECOFIN-Rat (3454. Tagung), Brüssel, 8. März 2016; Bericht

Die wichtigsten Ergebnisse der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister vom 8. März 2016, die unter Vorsitz von Finanzminister Jeroen **Dijsselbloem** stattfand, können wie folgt kurz zusammengefasst werden:

1. ANNAHME DER VORLÄUFIGEN TAGESORDNUNG

Gem. Dok. 6628/16 angenommen.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

2. VERPFLICHTUNG ZUM AUTOMATISCHEN AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN IM BEREICH DER BESTEUERUNG

- **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung („DAC-4-Vorschlag“)**

= Allgemeine Ausrichtung
Dok. 6672/16 FISC 32 ECOFIN 188.

(SB: Podiwinsky)

KURZZUSAMMENFASSUNG

Es wurde eine politische Einigung erreicht. Die sekundäre Berichtspflicht der Konzerntöchter wird beibehalten, auf Vorschlag Schäubles erhalten die MS allerdings die Möglichkeit, diese erst ab 2017 vorzusehen.

Weitere Vorgehensweise: UK konnte seinen parlamentarischen PV noch nicht aufheben, dies soll aber demnächst passieren, danach wird der NL-VS den endgültigen Text für die RL vorlegen.

IM EINZELNEN

VS Dijsselbloem betonte, dass es sich bei dieser dritten Ausweitung der RL um einen ehrgeizigen Vorschlag handle, da sie vorsehe, dass Großkonzerne die länderweisen Berichte über ihre Konzerngesellschaften bereits ab dem Geschäftsjahr 2016 erstellen und übermitteln müssen.

KM Moscovici zeigte sich überzeugt, dass der Vorschlag zu mehr Transparenz führen werde und damit ein wirksames Instrument gegen steuervermeidende Gestaltungen darstelle, da die Steuerverwaltungen damit relevante Informationen automatisch und zeitnah erhielten und die Zusammenarbeit weiter verbessert würde. Mit einer raschen Einigung würde die EU diesbezüglich die Führung übernehmen. Der Vorschlag bewahre sowohl im Binnenmarkt als auch global ein level playing field zwischen den Staaten.

Schäuble wies darauf hin, dass die sog. sekundäre Berichtspflicht, wonach in der EU ansässige Konzerntöchter die länderweisen Berichte des Konzerns zu liefern haben, sofern der Mutterkonzern es nicht tut, rechtlich problematisch sei und einen erheblichen Verwaltungsaufwand erzeuge. Dies würde sich ab 2017 ändern, wenn die USA und andere Staaten aufgrund der OECD Vereinbarung zur länderweisen Berichterstattung die Informationen von den dort ansässigen Konzernmüttern weiterleiteten. Dann sollte die sekundäre Berichtspflicht nur noch in Ausnahmefällen zum Tragen kommen und würde zu keiner nennenswerten Steigerung des Verwaltungsaufwands mehr führen. Schäuble schlug daher vor, die Änderung der RL grds wie von der Präsidentschaft vorgeschlagen anzunehmen, allerdings mit der Option für die umsetzenden MS, die sekundäre Berichtspflicht erst ab 1.1.2017 in Kraft treten zu lassen. Weiters betonte Schäuble, dass die länderweisen Berichte auch in Zukunft nur unter den Steuerverwaltungen ausgetauscht werden sollten und keine Veröffentlichung vorgesehen werden dürfe.

UK teilte mit, dass er den vorgelegten KV voll und ganz unterstütze, allerdings habe der parlamentarische PV noch nicht aufgehoben werden können, daher müsse er seine endgültige formelle Zustimmung noch etwas aufschieben.

Mramor erklärte, dem Vorschlag zuzustimmen und zeigte sich zuversichtlich, dass dadurch multinationale Konzerne zu Transparenz verpflichtet würden.

Gramegna, Sapin, Scicluna, Babis, De Guindos Jurado, Padoan und Stubb unterstützten den KV von Schäuble, wobei **De Guindos Jurado** betonte, in ES habe man Country-by-Country-Reporting bereits eingeführt und zwar inklusive sekundärer Berichtspflicht und dies habe keine Probleme verursacht.

KM Moscovici betonte zwar, die EU könnte durchaus ein wenig über die OECD-Vereinbarung hinausgehen, aber die EK könne auch mit dem KV von Schäuble leben. Eine Veröffentlichung der länderweisen Berichte sei nicht vorgesehen, die RL normiere vielmehr, dass die zwischen den Steuerverwaltungen ausgetauschten Informationen ausschließlich für steuerliche Zwecke verwendet werden dürften. Das lege aber nichts darüber fest, was auf anderen Ebenen in der Zukunft passiere, der Prozess werde weitergehen.

VS Dijsselbloem fasste zusammen, dass eine politische Einigung erreicht worden sei. Die sekundäre Berichtspflicht werde beibehalten, die MS würden allerdings die Möglichkeit erhalten, diese erst ab 2017 vorzusehen. Sobald UK seinen parlamentarischen PV aufgehoben habe, werde die Präsidentschaft den endgültigen Text vorlegen.

3. SONSTIGES

- Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

= Informationen des Vorsitzes

Dok. 6500/16 ECOFIN 147

(SB: Metschitzer)

Dijsselbloem informierte, dass die Triloggespräche zur Änderung der Richtlinie über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (IORP II) letzte Woche aufgenommen wurden. Zum Verbriefungspaket sollen mit den Triloggesprächen begonnen werden, sobald sich das EP auf eine Position einigt. Die Verlängerung der Ausnahmebestimmung für commodity dealers in der CRR soll so schnell wie möglich verabschiedet werden. Eine rasche politische Einigung werde auch im Hinblick auf den jüngsten Vorschlag der EK betr. die Verlängerung der Anwendungsfrist von MiFID/MiFIR II angestrebt. Von KM Hill wurde die Bereitschaft der Präs. gelobt, die Verhandlungen zur VO über Geldmarktfonds (MMF) vorantreiben zu wollen.

(Siehe Beilage).

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

4. ANNAHME DER LISTE DER A-PUNKTE

Wie in Dok. 6629/16 aufgelistet angenommen.

5. SACHSTAND BETREFFEND DIE BANKENUNION

= Informationen des Vorsitzes und der Kommission

(SB: Metschitzer)

Dijsselbloem berichtete in aller Kürze über den Stand der Arbeiten in der AHWG zur Stärkung der Bankenunion. Die Gruppe befasse sich sowohl mit Aspekten der Risikoverringerung als auch Risikoteilung. Die Arbeiten der Gruppe sollen in die Roadmap einfließen, welche ein „sequencing“ und „links“ der erwähnten Maßnahmen beinhalten werde. Eine inhaltliche Diskussion sei verfrüht, dazu seien weitere Arbeiten der Gruppe erforderlich. Der Vorsitz erwarte sich „eine konstruktive Haltung aller MS“.

Hill informierte, dass sich seit dem letzten Ecofin-Rat am Umsetzungsstand der MS kaum etwas geändert habe. In einigen MS würde sich die Umsetzung weiter verzögern (2Q 2016).

Padoan, Georgiades und Tsakalotos erklärten, dass die vorgelegte Umsetzungstabelle den Umsetzungsstand nicht richtig wiedergebe. IT habe das Abkommen zur Einrichtung der nationalen Kreditlinie an das SRB bereits unterzeichnet; in CY wurde das Gesetz zur Umsetzung der BRRD am 3. März vom Parlament angenommen; in GR sei das nationale Gesetz zur Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie heute im ABl. veröffentlicht worden.

6. BERICHT ÜBER DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN 2015

= Schlussfolgerungen des Rates
Dok. 6413//16 ECOFIN 137 SOC 92 BUDGET 5

Die Schlussfolgerungen worden in der vorgelegten Form verabschiedet.
(Siehe Pressecommuniqué)

Zuvor stellte **Moscovici** einleitend fest, dass sich das kurzfristige Risiko bei allen MS seit dem letzten Bericht aus 2012 erheblich gesenkt habe. Das Konsolidierungserfordernis zur Erreichung der 60 %-Schuldenquote per 2013 zeige allerdings bei mehr als der Hälfte der MS ein mittleres bis hohes Risiko an. MS mit langfristigem fiskalischem Risiko seien nur SI (hoch), 14 MS hätten ein mittleres Risiko. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sei, so Moscovici durch Reduzierung der Schuldenstände, Förderung von Produktivität und Beschäftigung sowie Reformen des Pensionssystems zu verbessern. Windfalls der niedrigen Zinsen sollten klug eingesetzt werden, Investitionen und Strukturreformen könnten ebenfalls unterstützt werden, sofern es die Fiskalposition erlaube.

Wieser informierte, dass, nicht zuletzt auch wegen günstiger demographischer Prognosen, die Nachhaltigkeitsrisiken leicht gesunken seien. Die hohe Schuldenlast verbleibe allerdings als Problem.

7. VORGEHEN IM ANSCHLUSS AN DAS G20-TREFFEN DER FINANZMINISTER UND ZENTRALBANKPRÄSIDENTEN VOM 26./27. FEBRUAR 2016

= Informationen des Vorsitzes und der Kommission

Unter Verweis auf den gemeinsam mit Moscovici verfassten Brief, der die Ergebnisse der Shanghai-Tagung zusammenfasst, berichtete **Dijsselbloem** kurz über das Meeting vom 26./27. Feber. Die breite TO habe insbesondere Investitionen, die internationale Finanzarchitektur, die Reform der Finanzmärkte, die Stärkung der Steuertransparenz, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sowie im Klimabereich die „Green Finance“ umfasst. **Schäuble** verwies auf den implizit besorgten Ton des 8 Seiten-Kommunikés aus Shanghai und regte für das informelle Treffen in Amsterdam eine breitere Diskussion über die Wirtschaftslage an. Es müsse eine vertiefte Diskussion darüber geben, wie die Volkswirtschaften in der EU gestärkt werden könnten, um das von einer nächsten Krise drohende Problem zu verringern bzw. zu vermeiden. Auch DE sei zu mehr Strukturreformen gefordert. Überdies regte Schäuble an, dass bei jedem ECOFIN-Rat über die Juncker-Initiative berichtet werden müsste.

8. EUROPÄISCHES SEMESTER 2016: UMSETZUNG DER LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN AUF DER GRUNDLAGE DER LÄNDERBERICHT UND EINGEHENDEN ÜBERPRÜFUNGEN

= Gedankenaustausch

Dok. 6245/16 ECOFIN 114 UEM 44 SOC 79 EMPL 48 COMPET 60 ENF 76
EDUC 34 RECH 23 ENER 32 JAI 107
6620/16 ECOFIN 182

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die Minister hörten einführende Statements von Katainen, Moscovici, Wieser und EIB-Präsident Hoyer. Der Fokus lag hierbei auf der Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen für Investitionen und auf der generellen Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Die Beseitigung von Investitionshindernissen, Vertiefung des Binnenmarktes, auch mittels Unterstützung der MS, Verwaltungsreformen und Sektorregelungen zur Beseitigung der Investitionshemmnisse wurden als wesentliche Schwerpunkte identifiziert. Festgehalten werden kann jedenfalls, dass die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen tendenziell zu langsam erfolgt. Zusammenarbeit der EK mit den MS, Dialoge, parlamentarische Befassung der Berichte in den MS sowie jährliche Diskussionen der LSEs, auch im ECOFIN, sollten vorgesehen werden, so Dijsselbloem zusammenfassend.

IM EINZELNEN

Katainen berichtete zunächst, dass der Investitionsfonds sehr gut angelaufen sei, wobei es aber nun gelte, die regulatorischen Rahmenbedingungen für Investitionen, d. h. die 3. Säule des Juncker-Plans, zu verbessern. Dies stehe „ganz oben“ auf der Agenda der EK, allerdings seien auch Maßnahmen in den MS erforderlich. Katainen unterstrich, dass Reformen der kostengünstigste Weg zur Erzielung von Wachstum und Arbeitsplatzschaffung sei.

Moscovici verwies eingangs auf die 26 Länderberichte (keine für die Programmländer EL und CY) und hob zwei Bereiche als besonders bedeutend hinsichtlich ihres Einflusses auf Wachstum und Beschäftigung hervor, Reform der öffentlichen Verwaltung und Verbesserung des Unternehmensumfelds (Sektorregelungen). Dies müsse seitens der MS bis Ende 2016 nachhaltig in Angriff genommen werden. Hervorzuheben sei, so der Vizepräsident, dass die Programmländer hinsichtlich Beseitigung von Hindernissen die größten Fortschritte erzielt hätten.

Moscovici ergänzte auch, dass auch 18 In-depth Reports vorliegen und die EK ihre „Chapeau-Mitteilung“ am heutigen Tage verabschiedet werde, um damit das vorgelegte Berichtspaket zusammenzufassen. Das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten sehe nunmehr 4 (statt 6) Kategorien vor, wobei das MIP-Kompendium angewendet würde. Generell sei für 2015 bei 50 % der Empfehlungen Verbesserung festgestellt worden. Diese Fortschritte seien allerdings unterschiedlich: Im Bereich der Finanzdienstleistungen und Arbeitsmärkte seien sie am besten, enttäuschend jedoch im Steuerbereich, Wettbewerb, öffentlicher Verwaltung und bei Sektorregelungen.

Wieser erklärte eingangs, für das nächste Jahr „hoffentlich rechtzeitig“ sämtliche Dokumente zur Verfügung zu haben. Der Schwerpunkt müsse auf Implementierung gerichtet werden. Für die Zukunft der ES habe man für die Minister Fragen identifiziert, die sich auf die „Übersetzung“ der LSEs in die heimische Debatte und die Schaffung von Anreizen für deren Implementierung ebenso beziehen wie auf die Klärung, welche sektorspezifischen Herausforderungen als besonders wichtig erachtet werden.

Hoyer berichtete äußerst positiv über die Entwicklungen bei EFSI: „EFSI flies!“ Seit Jahresbeginn sei auch das Investment-Committee voll operationell. Bisher seien seitens EIB und EFSI über 60 Mrd. € mobilisiert worden, wobei auch die Zahl der noch nicht teilnehmenden Länder laufend abnehme. Es gelte allerdings weiterhin, den Unterschied zu „normalen EIB-Darlehen“ aufrechtzuerhalten, sofern die für EFSI erforderliche Additionalität nicht gegeben sei. Hoyer schloss mit einem optimistischen Ausblick auf das Jahresende 2016 und erwartet die Einlösung von 50 % des versprochenen Volumens.

Babis brachte wieder einmal den MWSt-Betrug zur Sprache, erwähnte die zahlreichen in CZ bereits diesbezüglich gesetzten Schritte und daraus erzielten Mehreinnahmen und forderte ein Pilotprojekt für Reverse Charge. Er bestritt überdies auch die von der Weltbank festgestellten „hohen Steuern auf Banken“ und bezweifelte die Methodologie der WB. Dijsselbloem nahm dies zum Anlass, alle MS aufzufordern, ihre Länderspezifischen Berichte „ebenso aufmerksam zu studieren wie Babis“. In ihnen seien die erforderlichen Strukturreformen, deren Umsetzung generell mangelhaft sei, nachzulesen.

Schäuble assistierte Dijsselbloem hinsichtlich der Kritik an der unzulänglichen Umsetzung und forderte mehr Peer Pressure sowie Diskussion der Berichte auch in den nationalen Parlamenten.

RO erklärte, dass die Reformpläne des Finanzministeriums bezüglich privaten Investitionen und PPPs mit dem Bericht übereinstimmen.

Für die EZB hob **Moss** – wie zuvor Katainen – die Umsetzung der 3. Säule des Juncker-Plans als besonders wichtig hervor. Er lobte die Qualität der EK-Dokumente und kritisierte die „nicht ermutigende zu niedrige Implementierung“ der LSEs.

Katainen kündigte schließlich noch an, Europäisches Semester-Events mit den MS organisieren zu wollen, da nicht zuletzt die Schaffung von entsprechendem Bewusstsein in der Bevölkerung der Schlüssel sei. Damit seien wiederum die MS gefordert. Auch riet er dazu, die Argumentation „bevölkerungsnäher“ zu kommunizieren.

Padoan strich die Wahrnehmung der EU-Berichte auch in den heimischen Medien hervor. Er regte daher an, stärker das Ausmaß der Reformergebnisse zu analysieren bzw. zu quantifizieren (z. B. Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze).

Dijsselbloem erklärte abschließend, dass die EK-Analysearbeit offensichtlich sehr geschätzt werde. Er griff auch Padoans Anregung bezüglich des „Ausmaßes“ der Implementierung auf und verwies überdies auf die Bereitschaft der EK zur Zusammenarbeit mit den MS und zur Organisation von Events und Dialogen. Nationale parlamentarische Befassungen mit den Berichten wären durchaus sinnvoll, ebenso jährliche Diskussionen auch im ECOFIN. Er plane nun eine entsprechende Reformdiskussion auch für den informellen ECOFIN in Amsterdam.

(Siehe auch Pressecommuniqué)

9. SONSTIGES

FRÜHSTÜCK

- Debriefing Eurogruppe
- Wirtschaftslage

Lerchbaumer